

# DIE LINKE ZEITUNG

Spende bitte

Zeitung der Partei DIE LINKE. des Kreisverbandes Salzlandkreis

11/2012

## Soziale Gerechtigkeit – ein Markenkern der LINKEN

Sabine Dirlich

Wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, gerät man in der linken Debatte oft in die Abwägung zwischen sozialer Sicherheit und Freiheit. Jede/r braucht soziale Sicherheit, um selbstbestimmt leben zu können. Aber ohne Freiheit ist Selbstbestimmung ebenso wenig möglich.

Ebenso kann auch die Frage nach der Zukunft der Arbeit nicht eindimensional beantwortet werden. Man kann heute ein Auto sicher hundert mal schneller herstellen, als vor hundert Jahren. Aber man kann ein Bad nicht hundert mal schneller kacheln, einen Menschen nicht hundert mal schneller pflegen oder bilden. Der Druck, der deshalb auf arbeitsintensiven und öffentlichen Bereichen lastet, ist sehr groß. Noch nie waren die Produktivitätsunterschiede und das unterschiedliche Tempo seiner Entwicklung so extrem.

DIE LINKE setzt auf einen aktiven und aktivierenden Sozialstaat, der Lebensrisiken solidarisch absichert und vor Armut schützt. Grundlage dafür ist gute Arbeit, die sozialversichert und gut bezahlt ist. Wir lehnen es ab, dass reguläre Arbeit durch Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, unbezahlte Praktika oder Minijobs ersetzt wird.

Haben die Befürworterinnen des Niedriglohnssektors ihre Vorschläge wirklich einmal zu Ende gedacht? Ist ihnen dabei nicht aufgefallen, dass auch in diesem Sektor die Betroffenen lebenslang alimentiert werden müssen? Auch denen muss doch klar sein, dass Menschen, die einen Großteil ihres Lebens geringfügig beschäftigt waren, auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein dürften. Altersarmut wird systematisch vorprogrammiert. Unsere wichtigste Forderung bleibt deshalb ein gesetzlicher Mindestlohn.

Auch unser Modellprojekt „Bürgerarbeit mit Mindestlohn“ kann einen kleinen Beitrag dazu leisten, Menschen eine Chance zu geben. Und es kann einen großen Beitrag leisten zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur und zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in den Vereinen und Verbänden. Unser Modell unterscheidet sich wesentlich von der Bürgerarbeit der Bundesregierung. Wir wollen eine bessere Vergütung, eine Sozialversicherung, die auch die Arbeitslosenversicherung einschließt und längerfristige Projekte.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die öffentliche Daseinsvorsorge. Was alle Menschen brauchen, muss in der öf-

fentlichen Hand bleiben. Es darf keinen Ausverkauf des öffentlichen Eigentums geben. Wir brauchen in allen Regionen auch zukünftig Krankenhäuser der Grundversorgung. Dasselbe gilt auch für die Versorgung mit Energie und Wohnraum.

Die LINKEN haben die Hartz-Gesetze von Anfang an scharf kritisiert. Zu den wenigen Vorteilen zählte aber immerhin, dass auch Sozialhilfeempfänger/innen Arbeitsmarktmaßnahmen angeboten werden sollten. Mit der neuerlichen Änderung seit April ist nun auch noch dieser letzte Vorteil weggefallen. Damit bleibt von der angeblich größten Arbeitsmarktreform nur noch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe übrig!

Mit den Auswirkungen der ständigen Unterfinanzierung der Kommunen haben wir schon lange zu kämpfen. Die in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Schulden sind enorm. Deren Abbau ist ungeheuer schwer. Die Kommunen werden zu einer Haushaltskonsolidierung genötigt, die Bereiche angreift, die für die Lebensqualität unverzichtbar sind oder die gerade die Schwächsten trifft. Das hat damit zu tun, dass wir nur sogenannte freiwillige Leistungen streichen können. Betroffen sind oft der Sozial- oder Kulturbereich.

Ein entscheidendes Kapitel ist die Absicherung im Alter und der Kampf gegen Altersarmut in der Rente (s. Seite 2).

Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente! Das ist der sozialpolitische Dreiklang der LINKEN. Soziale Gerechtigkeit ist nötig und machbar!

### Aus dem Inhalt

#### Das Thema:

#### Sozialpolitik

- |                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Seite 1- 3                        | Seite 7-9   |
| • Wahlstrategie der LINKEN        | • Ortsversammlung in Staßfurt, Bernburg, Saale-Wipper, Hecklingen |
| Seite 4                           | Seite 8   |
| • Krise in der Europäischen Union | • Wahlkampf und politische Bildung                                |
| Seite 5                           | Seite 10  |
| • Präsidentenwahl in Venezuela    | • Kreisvorstand   |
| Seite 6                           | Seite 11  |
|                                   | • Kommunalturn  |

## Eine andere Rentenpolitik ist nötig – und machbar!

Matthias W. Birkwald

Im September 2012 machte eine Schock-Tabelle die Runde. Sie zeigte, was Viele vielleicht gehaut, die Regierung stets bestritten und DIE LINKE immer wieder mahnend angeprangert hat: Auf uns rast eine neue Welle von Altersarmut zu. Die Tabelle aus dem Hause der Bundesarbeitsministerin von der Leyen zeigt, dass all jene in Altersarmut fallen werden, die heute weniger als 2.200 Euro brutto verdienen. Und das nach 40 Jahren Beitragszahlung. Wer nach 35 Jahren Arbeit eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter wolle, müsse durchgehend ein Einkommen von 2.500 Euro brutto im Monat haben. Das entspricht beinahe dem Durchschnittseinkommen der rentenversicherten Beschäftigten.

Verglichen mit dem Ausmaß an Armut und Abhängigkeit von Sozialleistungen, die andere Gruppen in der Bevölkerung aufweisen, scheint Altersarmut bisher noch kein gravierendes Problem zu sein. Während knapp 68 Prozent der Erwerbslosen und 37 Prozent der Alleinerziehenden gemessen an der Armutsrisikoschwelle von aktuell 952 Euro einkommensarm sind, trifft das nur auf 14,2 Prozent der Menschen im Rentenalter zu. Der Durchschnitt liegt bei 16 Prozent. Und während Alleinerziehende zu 40 Prozent Hartz IV beziehen, beziehen nicht einmal drei Prozent der 65-Jährigen und Älteren die Grundsicherung im Alter.

Dennoch muss bereits heute Altersarmut bekämpft werden. Seit 2003 ist die Anzahl der Menschen im Rentenalter, die auf Grundsicherung angewiesen sind, um 70 Prozent oder 178.000 auf 436.000 angestiegen. Obwohl die Grundsicherung im Alter mit dem Ziel konzipiert worden war, verschämte Altersarmut, also die Nichtinanspruchnahme von Leistungen trotz objektiv bestehenden Anspruchs, zu vermeiden, wird heute mit einer Dunkelziffer von bis zu 68 Prozent gerechnet. Somit müssten also nicht 436.000, sondern bis zu 1,4 Millionen Menschen im Grundsicherungsbezug sein. Demzufolge beträgt die wahre Grundsicherungsquote nicht 2,6, sondern bis zu 8,1 Prozent. Erschwerend kommt hin-

zu, dass das derzeitige Grundsicherungsniveau für 65-Jährige und Ältere von 707 Euro keineswegs ein Leben frei von Armut ermöglicht.

Bereits heute gehen fast 800.000 65-Jährige und Ältere, rund 120.000 davon sind älter als 75, einem Mini-job nach. Das sind 60 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Im gleichen Zeitraum sind die Rentenzahlbeträge für Neurentnerinnen und Neurentner spürbar gesunken: Langjährige, also 35 und mehr Jahre Versicherte, erhielten als Neurentnerinnen oder Neurentner im Jahr 2000 durchschnittlich noch 1021 Euro. 2011 waren es 6,7 Prozent weniger, also nur noch 953 Euro. Im gleichen Zeitraum sind die Renten wegen voller Erwerbsminderung um 14,1% von 738 Euro auf 634 Euro gesunken. Das ist ein Betrag, der bereits deutlich unterhalb des Grundsicherungsniveaus für Erwerbsgeminderte von derzeit 659 Euro liegt.

Um ein Leben im Alter frei von Armut zu ermöglichen, muss an vier Stellen angesetzt werden.

Erstens: Da sich aus schlechter Bezahlung und anderweitig prekärer Beschäftigungsbedingungen keine auskömmliche Rente erzielen lässt, muss zuvorderst am Arbeitsmarkt angesetzt werden. Ohne einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro brutto pro Stunde wird es nicht gehen. Damit es kein einfaches Zurück zum altbekannten Normalarbeitsverhältnis gibt, müssen die Haupthindernisse einer geschlechtergerechten Arbeitsmarktbeteiligung beseitigt, also die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert und Frauen und Männer gleich bezahlt werden.

Zweitens: Wer heute davon spricht, Altersarmut bekämpfen zu wollen, macht sich völlig unglaubwürdig, wenn das Rentenniveau weiter sinken soll. Union, FDP, SPD und Grüne wollen die von ihnen selbst vorgenommenen Rentenrasuren der vergangenen zehn Jahre nicht antasten. Damit die gesetzliche Rente wieder in die Lage versetzt wird, den einmal erreichten Lebensstandard zu sichern, muss das aktuelle Rentenniveau folglich gehalten und

sogar von derzeit rund 50 Prozent auf 53 Prozent angehoben werden.

Drittens: Teilhabe darf auch im Alter nicht enden. Darum wollen wir den Solidarausgleich innerhalb der Rente stärken. Das gilt insbesondere für Langzeiterwerbslose, für die aktuell nicht weiter in die Rentenkasse eingezahlt wird. Die dadurch entstehenden Lücken vergrößern das Altersarmutsrisiko deutlich.

Und viertens wird es selbst unter den Bedingungen, dass der Arbeitsmarkt re-reguliert worden ist, das Rentenniveau wieder auf ein lebensstandardsicherndes Niveau gehoben und der Solidarausgleich wieder hergestellt worden sein wird, immer noch Menschen geben, die bereits auf lange Phasen zurückblicken müssen, in denen sie erwerbslos waren, zu wenig arbeiten konnten oder zu schlecht bezahlt waren. Und deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von zunächst 900 Euro einführen, die schrittweise auf 1050 Euro erhöht wird.

Und nicht zuletzt: SPD und Grünen scheint die Angleichung der Renten in Ostdeutschland an das Westniveau nicht wichtig zu sein. CDU und FDP, allen voran die Bundeskanzlerin Merkel, haben ihre Wählerinnen und Wähler belogen. Denn sie haben vor der Wahl und auch noch im Koalitionsvertrag versprochen, dass die Angleichung kommen wird. Nichts ist seit her passiert. Und es wird auch nichts mehr passieren. Die Regierung hat die Angleichung ganz offiziell abgesagt. Dabei müssen die Renten der Menschen in den neuen Bundesländern so schnell wie möglich auf das Westniveau angehoben werden.

*MdB Matthias W. Birkwald ist rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN*

## Hartz IV - Fluch oder Segen?

Eberhard Balzer

Die Einführung von Hartz IV steht für den bisher größten und umstrittensten Umbau des Sozialstaates in der Geschichte der BRD. Dafür wurde eigens ein neues Sozialgesetzbuch geschaffen, das SGB II, die sogenannte Grundsicherung der Arbeitsuchenden. Die Gründe der Arbeitslosigkeit sind komplexer Natur. Viele Arbeitslose sind unverschuldet in diese Situation geraten und bemühen sich nach Kräften, eine Arbeitsstelle zu finden. Unsere Arbeitswelt ist im Umbruch. Lebenslange Beschäftigungsverhältnisse in ein und derselben Firma werden zur Ausnahme. Ein Arbeitsleben ohne Bruch und Überbrückungsphasen wird es in der Zukunft kaum noch geben.

Wie bedrückend diese Situation sein kann und wie sehr es einen Menschen belastet, bei 374 Euro /mtl jeden Euro zu zählen, um einigermaßen zu überleben, das kann nur jemand nachfühlen, der selbst schon einmal in dieser Lage war. Alle anderen, insbesondere Politiker, die Arbeitslosigkeit und finanzielle Not nur aus der Theorie kennen, sollten ihre Worte wägen.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist in erster Linie auf die schwache Arbeitsmarktlage und nicht auf mangelnde Arbeitsbereitschaft oder Arbeitsmoral zurückzuführen. Letzteres wird von manchen Politikern gerne unterstellt, um von eigenen Defiziten abzulenken.

Wie unausgeglichen die Hartz IV-Reform ist, zeigen nachträgliche Änderungen und die äußerst vielen Urteile verschiedener Sozialgerichte und die mager ausfallende Bilanz der Ein-Euro-Jobs. Die Bundesagentur für Arbeit stellte fest, daß die gemeinnützigen Ein-Euro-Jobs nur selten zu einer dauerhaften neuen Arbeit führten.

Mit Hartz IV wurde das gigantischste Täuschungsmanöver in der Geschichte der BRD in Gang gesetzt, denn es produziert weder Wachstum noch wird die Arbeitslosigkeit drastisch reduziert. Ist es nicht die Beraubung von Frei-



Demonstration gegen Hartz IV

(Foto: privat)

heitsrechten, quält es nicht die Menschen und zerstört ihre Kreativität?

Kürzlich diskutierte ich mit einem 35-jährigen Bürger, der 50% schwerbeschädigt ist. Eine titangestützte Wirbelsäule ermöglicht einen aufrechten Gang. Als gelernter Bürokaufmann hat er es besonders schwer, einen festen Arbeitsplatz zu finden. Viele Bewerbungen (über 150) fanden bisher keine Berücksichtigung. In seinem bisherigen Berufsleben wurden ihm bisher 4 befristete Arbeitsstellen vermittelt durch Sozialämter, die diese Vermittlungen finanziell förderten. Im ersten Betrieb verlegte der Betriebsleiter seinen Betrieb in die Schweiz aus steuerrechtlichen Gründen. Die Mitarbeiter wurden z.T. entlassen. Im 2. Betrieb erlebte er die Insolvenz des Leiters. Obwohl dieser die Mittel für Sozialabgaben vom Sozialamt erhielt, wurden diese zweckentfremdet eingesetzt. Durch Klagen beim Amtsgericht kam er zu einem Teil des Geldes. Seine 3. Stelle war ein Gaststättenbetrieb. Nach genau 6 Monaten kamen die Kündigung und der Übergang als Hartz IV-Empfänger. In der Arbeitsstelle betreute er einen Schwerbeschädigten, den er zum Schulbesuch und Betriebspraktikum begleiten mußte.

In der Tätigkeit der 3. Arbeitsstelle wurden ihm 157,55 € Lohnsteuer abgezogen. Ordnungsgemäß gab er 2010 beim Finanzamt die erforderliche Steuererklärung ab und bekam die einbehaltene Lohnsteuer zurück. Da er aber seit Oktober 2010 wieder

Hartz IV-Empfänger war, mußte die Summe wieder zurückbezahlt werden, da das Jobcenter dieses als zusätzliche Einnahme lt. SGB II betrachtete. Er legte beim Jobcenter Widerspruch ein. Er berief sich auf ein Urteil des Sozialgerichtes in Leipzig, wo ein Richter die Steuerrückerstattung als zugehörendes Vermögen und nicht als Einkommen ansieht.

In der neusten höchsten Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes sind Steuererstattungen Einkommen. So beschied das Sozialgericht in Magdeburg diese Ablehnung und dem schloß sich das Jobcenter in Bernburg an. Es stellte fest: Eine Unterscheidung, aus welchem Grund die Steuererstattung resultiert, ist nicht erheblich. Auf das Schicksal der Forderung kommt es nicht an. Allein maßgeblich ist der Zufluß des Geldes während des Leistungsbezuges, welcher mithin Einkommen darstellt.

Für eine solche Begründung hat mein Gesprächspartner kein Verständnis. Er macht sich Sorgen für das Alter, denn seine ihm zustehende Rente im 67. Lebensjahr würde höchstens 450 € betragen.

So erwartet er von der Partei DIE LINKE, daß sie sich dafür einsetzt, daß die Hartz IV Gesetze den Bürger nicht mehr diskriminieren. Von der SPD kann er keine Initiativen erwarten. *Eberhard Balzer ist Stadtrat und Mitglied des Ortsvorstandes Bernburg*

## Zur Wahlstrategie der LINKEN für die Jahre 2013/14

Friedrich Schütz

Der Parteivorstand der LINKEN beschloß auf seiner Tagung am 13. und 14. Oktober mit großer Mehrheit die Wahlstrategie der Partei für die nächsten beiden Jahre. Zwei Mitglieder des Vorstandes hatten dagegen gestimmt und fünf sich enthalten. Unser Kreisvorstand hatte bereits am 20. September zu dieser Thematik eine Veranstaltung mit Dr. Bernd Ihme, Mitarbeiter im Bereich Strategie und Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle, durchgeführt, und wir hatten darüber in der vorigen Ausgabe unserer Zeitung ausführlich berichtet.

Es kann im folgenden nur auf einige Aussagen und Festlegungen dieses umfassenden und in acht Abschnitten gegliederten Dokuments eingegangen werden. Alle Mitglieder sowie Sympathisanten und Sympathisantinnen, die aktiv am Wahlkampf teilnehmen, sollten es deshalb gründlich lesen. Wegen der meines Erachtens besonderen Bedeutung des Abschnittes I, der mit „Zusammenfassung“ überschrieben ist, soll dieser leicht gekürzt zitiert werden:

„DIE LINKE ist in der öffentlichen Wahrnehmung und nach eigenem Selbstverständnis die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens, der Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft. So wird sie auch in die Wahlkämpfe 2013/14 gehen. Wir werden deutlich machen, daß wir für die sozialen Lebensinteressen der Menschen, für eine friedliche Außenpolitik und eine umfassende Demokratisierung stehen.

Wir kämpfen für unsere eigenen Positionen, das Wahlprogramm und die Kandidat/innen unserer Partei. Wir wollen jede Stimme....Das bestimmt unser Herangehen an den Wahlkampf, die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien.... DIE LINKE unterbreitet allen Wähler/innen, nicht anderen Parteien, ein klares politisches Angebot. Rote Haltelinien und ein Reformprogramm sind für uns... kein Gegensatz, sondern notwendige Bedingungen glaubwürdiger Politik...

Wir wollen ein Zweitstimmenergebnis, das möglichst nah an unser sehr gutes

Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 heranreicht. Und wir wollen Direktmandate verteidigen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und friedlicher das Land. Je stärker DIE LINKE, desto eher wird eine Politik gegen die sozialen und demokratischen Interessen der Mehrheit verhindert. Nur so wird es nach der Wahl die Option eines Politikwechsels geben“.

Sehr umfassend werden in der Wahlstrategie die „zentralen gesellschaftlichen Konfliktfelder“ dargestellt. DIE LINKE nimmt in diesem Konflikt Partei gegen die Macht des Kapitals und für die Demokratie. Sie setzt der herrschenden Politik der Konzerne und Banken Alternativen entgegen und unterstützt die zahlreichen und vielseitigen Protestbewegungen gegen das EU- Spardiktat. Die Krise sieht sie als „ ein Resultat der Umverteilung von unten nach oben bzw. der Entfesselung der Finanzmärkte und der Architektur der EU als Wettbewerbsunion“. Alles das führt dazu, daß auch in Deutschland die Angst umgeht.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Wahlkampfes orientieren sich an den zentralen gesellschaftlichen Konflikten. „Wir wollen, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen spürbar verbessert werden, eine gerechte, menschenwürdige und zukunftssträchtige Ordnung der Gesellschaft entsteht:

DIE LINKE steht für Umverteilung von oben nach unten und für eine deutliche Begrenzung und Besteuerung des Reichtums.

DIE LINKE steht für eine neue soziale Idee (gesetzlicher Mindestlohn, solidarische Mindestrente, menschenwürdige Wohnbedingungen u.a.).

DIE LINKE schützt vor dem Abbau sozialer Rechte (mehr demokratische Mitbestimmung, Beseitigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse u.a.).

DIE LINKE steht für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau (Verbindung von Umweltpolitik mit Sozialpolitik, Demokratie, Friedenspolitik u.a.).

DIE LINKE sagt als einzige Partei immer

konsequent NEIN zu Krieg (gegen internationale Kriegseinsätze und Rüstungsexporte).

Bestehend auf den Festlegungen im Parteiprogramm würde sich die Partei an einer Regierung beteiligen, die für eine friedliche Außenpolitik steht, sichert, daß kein Mensch unter die Armutsrisikogrenze fällt, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführt und Reichtum couragiert besteuert.

Um einen erfolgreichen Wahlkampf führen zu können, sieht die Strategie vor, der heißen Wahlkampfphase eine Aktivierungsphase vorzuschalten, „damit der Wahlkampf ein richtiger Mitmachwahlkampf wird“. Wir werden mit unseren Wähler/ innen in einen Dialog treten, ihnen interessiert zuhören, „damit wir ihre Probleme und Ideen in unsere Politik integrieren können“.

Und schließlich wollen wir im Wahlkampf zeigen, „daß mit der Parteibildung der LINKEN in Ost und West ein neues Selbstverständnis linker Politik entstanden ist“. Trotz noch bestehender beträchtlicher Unterschiede zwischen Ost und West wird DIE LINKE im Wahlkampf als gesamtdeutsche Partei auftreten. Jegliche Streitereien zwischen den Mitgliedern haben zu unterbleiben.

Die Wahlstrategie erfordert von den Gliederungen der Partei auf allen Ebenen in Vorbereitung auf die jeweils anstehenden Wahlen eine ideenreiche und eng mit den Bürgerinnen und Bürgern verbundene zielgerichtete Arbeit. Ich halte die gegebene Einschätzung der politischen Situation bzw. der gesellschaftlichen Konfliktfelder für realistisch, die gestellten Wahlziele für sehr anspruchsvoll und die Aussagen zur Organisation der Wahlkämpfe für recht optimistisch. Der in diesem Dokument getroffenen Einschätzung, daß der am 20. Januar 2013 in Niedersachsen stattfindenden Landtagswahl, also der ersten Wahl in diesem Zyklus, die Rolle einer „kleinen Bundestagswahl“ zukommt, stimme ich zu.

## Wer und was kann die Europäische Union noch retten?

Dr. Lothar Boese

Im Rahmen der durch den Kreisvorstand der LINKEN organisierten Vortragsveranstaltungen war am 29. Oktober Dr. Harald Werner nach Bernburg in die „Alte Molkerei“ zum Thema „Wer oder was kann die Europäische Union noch retten?“ eingeladen.

Harald Werner ist Beauftragter des Parteivorstands für Politische Bildung, darüber hinaus ein profunder Kenner volkswirtschaftlicher und finanztechnischer Zusammenhänge. Das Thema zielte auf die in allen Ländern der EU und darüber hinaus von Jahr zu Jahr steigende Staatsverschuldung im Allgemeinen und die sich ständig verschärfende akute Finanzkrise in einigen Ländern der EU (Griechenland, Spanien, Portugal und weiteren) im Besonderen. Die Regierungen versuchen seit Jahren, die Krise mit Programmen und Maßnahmen mit exotischen Namen wie „Rettungsschirm“, „Fiskalpakt“, „Schuldenbremse“, „EFSF“ oder „ESM“ in den Griff zu bekommen. Von führenden Politikern der regierenden Parteien wird versucht, diese Krise als „Staatschuldenkrise“ der Öffentlichkeit plausibel zu machen. Viele Menschen sind geneigt, ihnen zu glauben. Viele zeigen mit dem Finger auf Griechenland und meinen, wenn die Griechen nur ordentlich sparen würden, käme alles wieder ins Lot.

Harald Werner machte deutlich, dass die Gründe tiefer liegen. Sie liegen in der unter den Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz ungleichmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaften. Tatsächlich gibt es zwar in der EU einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung. Weitere wichtige Voraussetzungen für eine harmonische Entwicklung aller Mitgliedsländer, wie gleiche Steuersätze, gleiche Rechtsstandards hinsichtlich Arbeits- oder Umweltrecht, eine koordinierte Wirtschafts- und Staatshaushaltspolitik, fehlten jedoch von Anfang an. Auf sie wurde bewusst verzichtet, was sich jetzt rächt. Historisch bedingt ist die Arbeitsproduktivität in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich.



Dr. Harald Werner in Bernburg

Foto: privat

Diese Unterschiede haben sich über die Jahrzehnte jedoch noch verstärkt. Bei Vorhandensein einer eigenen Währung kann ein Staat durch Abwertung diesen Nachteil im Außenhandel ausgleichen. Bei einer Gemeinschaftswährung ist das jedoch nicht möglich. Die eigenen Produkte sind nicht mehr konkurrenzfähig. In dieser krisenhaften Situation führt die aufgezwungene rigorose Sparpolitik der öffentlichen Haushalte zu weiteren negativen volkswirtschaftlichen Effekten: Die Wirtschaftsleistung sinkt von Jahr zu Jahr, die Wirtschaft wird regelrecht kapputtgespart und die Steuereinnahmen sinken noch weiter ab. Ein Teufelskreis. Die Belastungen werden auf die große Masse der Bevölkerung abgeladen, insbesondere auf die Arbeitslosen, deren Zahl von Jahr zu Jahr steigt. Die Renten und Mindestlöhne werden gekürzt, während die griechischen Millionäre (wie auch viele reiche Deutsche), die bisher kaum Steuern zahlten, ihre Vermögen ins Ausland transferiert haben.

Die Lehren aus dieser Geschichte: In der Krise darf der Staat nicht sparen, sondern muss im Gegenteil investieren. Eine Absenkung der Löhne und Renten schwächt die Massenkaufkraft und verstärkt die Krise, weil viele Menschen sich immer weniger leisten können.

Exportüberschüsse, auf die Deutschland immer so stolz ist, sind die Leistungsdefizite anderer Länder.

Solche unharmonischen Entwicklungen müssen über kurz oder lang zu den Problemen führen, die wir jetzt haben. Und schließlich: Das Geld, das in den Kassen des Staates fehlt, sind die Vermögen der Reichen. Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland beträgt knapp fünf Billionen (= 5000 Milliarden) Euro. Es stieg in den letzten 20 Jahren um 175 Prozent. Dem obersten Zehntel der Deutschen gehören davon 53 Prozent, 1998 waren es „nur“ 45 %. Rund die Hälfte aller Deutschen hat nichts oder fast nichts.

Eine gerechte Steuerpolitik, die die großen Vermögen zur Finanzierung des Staates heranzieht, würde viele aktuelle Probleme lösen.

In der Diskussion wurde unter anderem angeregt, in der Partei mehr Argumentationsmaterial zu wirtschaftlichen Zusammenhängen bereit zu stellen. Harald Werner betonte, wie wichtig es wäre, dass auch einfache Parteimitglieder die Zusammenhänge verstehen und anderen Menschen erklären können. Dafür wäre die innerparteiliche Bildungsarbeit nötig.

## Hugo Chavez bleibt Präsident von Venezuela

Friedrich Schütz

Bei der am 7. Oktober in Venezuela durchgeführten Präsidentschaftswahl konnte der amtierende Präsident Hugo Chavez Frias einen klaren Sieg erringen. Er bleibt damit bis Anfang 2019 der Staatsschef dieses südamerikanischen Landes. Nach der Auszählung von fast 98 % der Stimmen hatten etwa 8.062.000 Bürger/innen, das sind 55,1 %, für ihn gestimmt. Der Kandidat der Opposition, der Gouverneur des Bundesstaates Miranda Henrique Capriles Radonski, erhielt 6.468.000 Stimmen bzw. 44,3 %. Vier weitere Bewerber teilten sich den Rest.

Es war eine Besonderheit dieser Wahl, daß die Kandidaten über die sie unterstützenden Parteien gewählt wurden. So gewann die Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV), deren Vorsitzender Hugo Chavez ist, als stärkste Partei 43,0 % der Stimmen. Die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) trug mit 3,3 % zu seinem Sieg bei. Er wurde aber noch von zehn weiteren Parteien unterstützt. Capriles wurde von 18 Parteien unterstützt. Dabei bekam seine eigene Partei nur 12,4 % der Stimmen.

Auffallend bei dieser Wahl war die hohe Wahlbeteiligung von über 80 %. Dadurch erhielt der Präsident zwar mehr Stimmen als bei der letzten Wahl am 5. Dezember 2006, aber er erreichte nicht den damaligen prozentualen Anteil von rund 63 % der Stimmen. Es soll aber auch erwähnt werden, daß er in mindestens 20 der 24 Bundesstaaten die Wahl gewann. Positiv zu erwähnen ist, daß der Wahlverlierer unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses dieses auch anerkannte.

Zehntausende Menschen waren am Sonntagabend in das Zentrum der Hauptstadt Caracas geströmt, um den Sieg ihres Präsidenten zu feiern. In einer ersten Rede vom Balkon des Präsidentenpalastes Miraflores sagte er, zunächst an die Opposition gewandt: „Ich reiche euch diese beiden Hände und dieses Herz, denn wir alle sind Geschwister im Heimatland Bolivars.“ Weiter führte er



Hugo Chavez

aus: „Heute haben wir demonstriert, daß unsere Demokratie eine der besten Demokratien der Welt ist.“ Venezuela wird weiterhin den „demokratischen und bolivarianischen Sozialismus“ aufbauen und das Ziel ist „das größtmögliche Glück für das Volk“, für sein Land Venezuela.

Der 912.050 km<sup>2</sup> große Bundesstaat Bolivarische Republik Venezuela (Deutschland 357.000 km<sup>2</sup>) liegt an der Küste des Karibischen Meeres. Von Westen nach Osten folgen drei recht unterschiedliche Landschaften aufeinander: Ausläufer der Kordilleren, das Tiefland am Orinoco und der westliche Teil des Berglandes von Guayana. Das Land hat tropisches Klima und eine entsprechende Vegetation. Es ist reich an Bodenschätzen, besonders an Erdöl, bei dessen Förderung es zu den führenden Ländern in der Welt gehört. Fast 70 % der etwa 28 Millionen Einwohner sind Mestizen (Mischlinge von Weißen und Indianern), darunter auch Chavez, etwa 20 % Weiße und 10 % Schwarze. Die nur noch wenigen indianischen Ureinwohner wurden in die Wälder des Südens verdrängt.

Der heute 58 Jahre alte Hugo Chavez Frias studierte nach dem Abitur an der Militärakademie und diente danach als Offizier in der venezolanischen Armee, wo er bald bis zum Oberstleutnant aufstieg. Sein 1992 gescheiterter Putschversuch gegen das reaktionäre Regime brachte ihm eine Gefängnisstrafe ein. Nach seiner Begnadigung bereitete er sich im Rahmen der Wahlpartei Fünfte Republik (MVR) auf die Präsidentschaftswahl

vor. Seine Anschauungen werden entscheidend geprägt durch seinen christlichen Glauben sowie durch die Ansichten und die Verehrung Simon Bolivars (1783 – 1830), des Volkshelden Venezuelas.

Im Jahre 1998 wurde Hugo Chavez mit 56,2 % der Stimmen das erste Mal zum Präsidenten des weitgehend von den USA abhängigen Landes gewählt. In Auseinandersetzung mit der früher herrschenden, aber immer noch mächtigen Bourgeoisie begann eine ökonomische und soziale Umgestaltung des Landes. Die Einnahmen aus dem Erdölexport kamen jetzt der Bevölkerung zugute. Es wurden eine Art Bodenreform und eine Alphabetisierungskampagne durchgeführt. Mit umfassender Unterstützung kubanischer Ärzte entstand ein modernes Gesundheitssystem. Gemeinsam mit anderen südamerikanischen Staaten wurde die „Bank des Südens“ gegründet, um von den großen internationalen Banken unabhängig zu werden. Hervorgehoben werden soll auch der enge Kontakt des Präsidenten mit der Bevölkerung durch seine wöchentlichen Rundfunksendungen „Alo Presidente“.

Diese hier nur angedeutete positive Entwicklung paßte den bisher herrschenden Kräften nicht ins Konzept. So inszenierten sie im April 2002 einen Putsch, der zwar den Präsidenten zwei Tage aus seinem Amt entfernte, jedoch schließlich scheiterte. Und für den 15. August 2004 hatte die Opposition ein nach der Verfassung mögliches Referendum für die Absetzung des Präsidenten durchgesetzt, das dieser aber mit 58,25 % überstand (s. BLZ 9/2004).

Ich halte den Wahlerfolg des Präsidenten Chavez nicht nur für ein herausragendes innenpolitisches Ereignis dieses Landes. Welche Folgen eine Niederlage auch für die verbündeten Staaten gehabt hätte, ist heute schwer vorstellbar. Bei allem aber bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß er seine schwere Krankheit endlich überstanden hat.

## Partnerschaft und Wahlkampfunterstützung in Niedersachsen

Tobias Pochanke

Der Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper traf sich am 25. Oktober in Giersleben. Zu Beginn der Versammlung gab der Ortsvorsitzende Ernst Hermann Brink als Güstener Stadtrat einen Überblick zu den derzeitigen Themen im Parlament. Zur Zeit wird im Güstener Kommunalparlament über eine neue Verwaltungskostensatzung diskutiert. Die Überarbeitung war notwendig, weil der Bürgermeister über Unzulänglichkeiten durch den Antrag der LINKEN auf Befreiung der Gebühren der Amesdorfer Kläger gegen die Grundsteuererhöhung gestolpert ist. Außerdem wurde eine neue Friedhofsgebührensatzung beschlossen. Für den Ausbau der Siedlung im Ortsteil Amesdorf versucht die Stadt den Eigenanteil durch den Verkauf von Grundstücken zu realisieren. Auf die Anfrage des Abgeordneten Brink: „Was wird mit der Nutzung der Gemeinderäume durch Vereine beim Verkauf der entsprechenden Immobilie?“ antwortete Güstens Bürgermeister, „Dies muß mit dem Käufer verhandelt werden...“ In der Ortsversammlung selbst ging es noch um Wahlen zu entsprechenden Delegierten- und Vertreterversammlungen für die anstehenden Bundestagswahlen, wo Waltraud Bölke, Ernst Hermann Brink, Lars Lehmann und Tobias Po-

chanke gewählt wurden. Anschließend gab es noch Informationen zu anstehenden Terminen. So werden die LINKEN des Ortsverbandes Saale-Wipper wieder am 9. November zum Gedenken an die gedemütigten, vertriebenen und ermordeten europäischen Juden anlässlich des unheilvollen Jahrestages der „Reichspogromnacht“ gedenken. Anfang Dezember werden Mitglieder und Sympathisanten des Ortsverbandes ihre traditionelle Weihnachtsfeier wieder in Amesdorf durchführen.

Als große Herausforderung betrachten die Saale-Wipper-LINKEN noch die Einlösung einer Wette, zu der der LINKE „Wettkönig“ Klaus Jann aus Wülfrath bereits im Juli dieses Jahres aufgerufen hatte. Diese neue Wette hat ihren Ausgangspunkt auf dem Göttinger Parteitag der LINKEN. Dort ging es hoch her – um die Frage, ob „Ost“ und „West“ in der Linkspartei überhaupt zusammenpassen. Er meint: „Ost und West müssen zusammenrücken. Ganz konkret!“ Darüber hat er dann nach dem Parteitag mit seiner seit Jahren engagierten Wettpartnerin, der „Unternehmerin mit linkem Herz“ geredet. Am Ende einigten sie sich auf diese von Jann formulierte Wette: „Bis zum Jahresende initiiere ich in und mit der LINKEN mindestens

100 lebendige Begegnungen oder Partnerschaften zwischen Ost und West...“ Für jede (mit einem Foto nachgewiesene) OST- WEST- Begegnung zahlt Klaus` Freundin 10 Euro für unsere Aktion „Milch für Kubas Kinder“.

Der Ortsverband Saale-Wipper machte sich an die Arbeit und recherchierte, wo es bereits Städte- und Gemeindepartnerschaften der Mitgliedsgemeinden der gleichlautenden Verbandsgemeinde gibt. Mehrere Kontaktversuche liefen ins Leere. Nun endlich ist es gelungen einen Kontakt zur LINKEN in der ostfriesischen Kleinstadt Rhaderfehn herzustellen, welche eine Städtepartnerschaft mit unserer Gemeinde Alsleben an der Saale hat. Per Email und telefonisch hat man sich nun schon beschnuppert. Nun wollen wir noch in diesem Jahr mit einer Delegation in das über 400 km entfernte Rhaderfehn aufbrechen und so unseren Teil zum Gelingen beitragen. Die Genossen von Saale-Wipper wollen außerdem bei der Gelegenheit Unterstützung im niedersächsischen Wahlkampf leisten. Nachahmen ist wünschenswert! Gut zwei Monate sind noch Zeit. Packen wir es an!

*Tobias Pochanke ist Pressesprecher des Ortsverbandes Saale-Wipper*

## Mitgliederversammlung in Hecklingen

Klaus Magenheimer

Die Genossinnen und Genossen trafen sich am 26. Oktober gemeinsam mit Sympathisanten in der Kegelbahn zur monatlichen Mitgliederversammlung.

Warm wurden die Anwesenden in der Debatte um Praxisgebühr, Betreuungsgeld und allgemeine Preiserhöhungen, besonders aber bei der Bahn. Das Ortschaftsratsmitglied von Cochstedt, Wolfgang Weißbart, informierte über seinen vor wenigen Tagen durchgeführten Berlinbesuch, der auf Einladung von Jan Korte stattfand. Sein Pressebeitrag war in der Mitteldeutschen Zeitung veröffentlicht worden.

Hauptschwerpunkt der Zusammenkunft war die Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Basisorganisation zu den anstehenden Höhepunkten.

In geheimer Wahl wurden Charlotte Freist, Brunhilde Krutzki, Rudolf Bonnek, Ernst Bertram und Wolfhard Schütze gewählt.

Im Meinungsaustausch und während der Wahlhandlungen erhielten die Mitglieder Unterstützung vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden Klaus Magenheimer.

Abschließend verständigten sich die Anwesenden über die kommenden Aufgaben.

Konkrete Aufträge zur langfristigen Vorbereitung der traditionellen Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Hecklingen am 26. Januar 2013 wurden übernommen. Zu dieser Veranstaltung, für die der Bundestagsabgeordnete Jan Korte als Redner gewonnen werden konnte, sind auch die umliegenden Basisorganisationen herzlich eingeladen.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 30. November, um 17.00 Uhr, wiederum in der Gaststätte „Zur Kegelbahn“ statt.

## Kreisvorstandssitzung - erstmals in Aschersleben

Klaus Magenheimer

Das vor wenigen Tagen eröffnete gemeinsame Wahlkreisbüro war erstmals Tagungsort des Kreisvorstandes. Der helle, freundliche Raum war voll ausgefüllt mit anwesenden Vorstandsmitgliedern und einer noch nie erreichten Gästekulisse.

Die umfassende Diskussion zu aktuellen Problemen im Zusammenhang mit den gegenwärtig stattfindenden Mitgliederversammlungen wurde im Vorstand fortgesetzt. Die öffentliche Debatte um Mindestlöhne, Rentenangleichung, Praxisgebühr, demokratischer Umgang miteinander muss weiterhin genutzt werden, um die unterschiedlichen Standpunkte zwischen den Parteien sichtbar zu machen.

Die umfangreichen Materialien von Landesvorstand, Landtagsfraktion, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion sind wertvolle Hilfe für die eigene Arbeit und als Informationsmaterial unter den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises breit zu verteilen.

Die Mitgliederversammlung der BO Staßfurt wurde vom Kreisvorsitzenden Lothar Boese als eine beispielgebende

Veranstaltung mit einer umfangreichen Darstellung der einzelnen Arbeitsergebnisse gewertet. Mit vielen Aktivitäten wird eine breite wahrnehmbare Öffentlichkeit erreicht und eine feste Verankerung im öffentlichen Leben der Stadt organisiert. Beispielgebend sind vor allem die Abgeordneten des Stadtrates und der Ortschaftsräte, die kontinuierlich Mandatsträgerbeiträge abführen und zusätzlich einen Solidarfonds finanzieren.

Die Schatzmeisterin Petra Giest informierte über erreichte 92,98 % Beitragserfüllung gegenüber dem Landesverband. Bei der Spendentätigkeit und Mandatsträgerbeiträgen musste sie leider ein Minus zur eigenen Zielstellung bekunden. Gegenwärtig wird durch die Schatzmeisterin der Entwurf für den Finanzplan 2013 erarbeitet.

Auf der Grundlage der Informationsrückläufe aus den Basisorganisationen wurde der Stand der Nominierung der VertreterInnen für die kreislichen Veranstaltungen im November und Februar 2013 eingeschätzt.

Höhepunkt für den größeren Teil

des Kreisverbandes ist ohne Zweifel die Vertreterversammlung am 23. November in Köthen.

Der Kreisvorstand entschloss sich einstimmig, für den Wahlkreis Anhalt die Nominierungsempfehlung von Jan Korte schriftlich vorzulegen. Er würde dann wiederum auf den CDU-Vertreter Kees de Vries treffen. Bei der letzten Wahl hatte dieser das erhoffte Direktmandat an Jan Korte verloren.

Für den Wahlkreis Magdeburg sollte eine gleiche Empfehlung für Rosmarie Hein erfolgen. Für den Harzer Wahlkreis wird eine Empfehlung später beschlossen.

Da der Kreisvorstand auch gleichzeitig als Wahlkreisbüro fungieren wird, wurden erste Abstimmungen zur Anschaffung von Wahlkampfmaterialien vorgenommen.

*Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender*

## DIE LINKE im Aufwind in den Kommunen, im Land und überall?!

Jana Lankau

Die Staßfurter LINKE hatte zu diesem Thema am 10. Oktober zum Politalk eingeladen. Gast war die Landesvorsitzende Birke Bull. Zur Einführung spannte sie den Bogen vom Göttinger Parteitag zu den Bundestagswahlen 2013. „Es ist nach der Unruhe und Unklarheit vor dem Göttinger Parteitag gelungen, einen Aufbruch zu organisieren.“ Mit dem 120-Tage-Programm der beiden neuen Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sei es durch kluges Agieren gelungen, DIE LINKE wieder ins politische Fahrwasser zurückzuführen. Anhand der Probleme, die es in diesem Land gibt, sei es die Ausweitung von prekärer Beschäftigung, die Schere zwischen Ost und West bei Löhnen und Renten und prognostizierter Altersarmut selbst bei normalem Einkommen, sprach

sich die Landesvorsitzende im Vorfeld der Bundestagswahlen dafür aus, dass wir den Kampf für Mindestlohn, Mindestsicherung und Mindestrente zu unserem Markenzeichen machen. Weitere Themen, die praktisch auf der Straße liegen, sind für uns die Umverteilung, die aktive Friedenspolitik und der sozialökologische Umbau. Sie warb für einen offenen Wahlkampf, der möglichst viele Leute einbezieht und ihnen Lust darauf macht, sich einzubringen.

In einer munteren Diskussion wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass der Stil des Umgangs miteinander eine wesentliche Rolle spielt. Ralf-P. Schmidt, Ortsvorsitzender und Mitglied der Stadtratsfraktion, berichtete von seinen Erfahrungen in der Arbeit in Kommunalparlamenten. Formalismus

und die Übermacht der Verwaltung machen die Arbeit zunehmend schwieriger. Trotzdem lassen sich die Staßfurter LINKEN nicht entmutigen. Weder bei der Arbeit im Stadtrat noch bei ihrer Präsenz bei allen Anlässen in der Stadt. Sie sind immer ansprechbar.

Das Ziel heißt nun, einen engagierten Bundestagswahlkampf zu führen. In Staßfurt ist man dazu bereit.

*Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull*



## Jan Korte zu Gast bei der Staßfurter LINKEN

Zur Vorstandswahl in der BO Staßfurt

Klaus Mageheimer

Die Mitglieder der LINKEN in Staßfurt waren Samstagvormittag, dem 20. 10. aufgerufen, an ihrer Mitgliederversammlung in der Aula der Uhlandschule teilzunehmen. Zahlreiche Wahlen standen auf der Tagesordnung, so die Vorstandswahl und Wahlen zur Vorbereitung der KandidatInnenaufstellung zur Bundestagswahl 2013.

Neben den erschienenen Mitgliedern konnte der Versammlungsleiter Ralf-P. Schmidt auch 10 Gäste auf der Versammlung begrüßen, so auch den Bundestagsabgeordneten Jan Korte, der in seinem Beitrag auf die verschiedenen Aspekte seiner Bundestags- und Wahlkreisarbeit einging. Er stellte klar, dass DIE LINKE klare Positionen zum Thema sichere Rente, gegen Altersarmut und Beendigung der Benachteiligung ostdeutscher Lebensbiographien in den anstehenden Bundestagswahlkampf einbringen werde. Er kündigte an, für DIE LINKE wieder in den Wahlkampf starten zu wollen. Aber auch Staßfurter Mauer, Verfassungsschutz und Menschenwürde beschäftigen ihn.

In der Versammlung legten der bisherige Vorstand, die Stadtratsfraktion, die AG SeniorInnen, die AG Mitgliederentwicklung und die AG Geschäftsstellendienst Rechenschaft ab. Den verschiedenen Berichten war zu entnehmen, dass DIE LINKE in Kommune und Rat aktiv und breit verankert ist und die Probleme der BürgerInnen aufgreift. Krankenhaus, Mauer, Barrierefreiheit, Ablehnung der geplanten Biogasanlage und Erhalt kommunaler Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge waren da nur einige Aspekte, die der aufmerksame Zuhörer erfuhr. Zu ihnen gehörte auch Kreisvorsitzender Lothar Boese. Er würdigte in seinem Beitrag das vorbildhafte Wirken der Basisorganisation für viele Bereiche der Arbeit im Kreisverband.

Ralf-P. Schmidt stellte dar, dass DIE LINKE noch viele Aufgaben und Handlungsfelder vor sich sieht, und immer mehr die



Der neue Vorstand der BO Staßfurt

(Foto: privat)

Probleme der hier lebenden Menschen in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung bringen muss.

An die Rechenschaftsberichte schloss sich die Vorstandswahl an. Es wurden 8 Stadtvorstandsmitglieder gewählt. Sybille Göldner, Angelika Flügel, Karin Urban, Alexander Behm, Stefan Deutschmann, Klaus Magenheimer, Siegfried Mahlfeld und Franz Meier. Im Anschluss folgten die Wahlen zu den Delegiertenversammlungen.

Unter der Leitung von Franz Meier traf sich am 27.10. der neu gewählte Vorstand zu seiner konstituierenden Sitzung. Einstimmig wurde der dreiköpfige SprecherInnenrat gewählt. Er besteht aus Sybille Göldner, Klaus Magenheimer und Siegfried Mahlfeld.

Die Mitglieder des Vorstandes verständigten sich zur Aufgabenverteilung im Vorstand. Schwerpunkte werden die Festigung des innerparteilichen Zusammenhalts, die politische Bildung und die Organisation von öffentlichkeitswirksamen politischen Kampagnen sein.

Eine enge Zusammenarbeit mit der

Stadtratsfraktion und den Ortschaftsräten in den einzelnen Ortsteilen sowie mit den Ortsbürgermeistern soll es ermöglichen, im kommunalpolitischen Geschehen der Stadt Staßfurt auch weiterhin verlässlicher Ansprechpartner für alle Bevölkerungsschichten zu bleiben.

Gemeinsam mit Jan Korte wird sich der Vorstand für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die Rentenangleichung und eine sozialverträgliche Energiewende einsetzen.

Der Vorstand dankte nochmals dem ausgeschiedenen Vorsitzenden der Basisorganisation Ralf-P. Schmidt für seine jahrelange engagierte Arbeit und wünscht sich weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit ihm in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Stadtratsfraktion und als Vorsitzender des Ausschusses für Jugend, Senioren und Soziales.

*Klaus Magenheimer ist Mitglied des SprecherrInnenrates der BO Staßfurt*

## Ortsversammlung in Bernburg

Elke Rehmann

Am 1. November fand unsere 2. Ortsversammlung in diesem Jahr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in der Wilhelmstraße statt. Der dortige Raum wird sicher in Zukunft noch öfters von uns genutzt, da er behindertengerecht und somit auch für unsere älteren Genossen gut erreichbar ist. Es nahmen 20 Mitglieder und 5 Gäste teil, darunter MdB Jan Korte.

Nachdem Petra Giest die Anwesenden begrüßt und die Mandatsprüfungskommission die Beschlussfähigkeit festgestellt hatte, erläuterte der Kreisvorsitzende Lothar Boese sehr ausführlich die Wahlstrategie unserer Partei für die Wahlen 2013/14. Das Wahljahr 2013 beginnt aber bereits mit der Landtagswahl in Niedersachsen, wofür sich schon einige Bernburger Genossen bereit erklärten, den Wahlkampf dort personell zu unterstützen.

Jan Korte bekräftigte die Ausführungen Lothar Boeses. Er möchte natürlich sein Direktmandat verteidigen, was nicht einfach für alle Beteiligten wird. Wir müssen aber schon jetzt an einen Sieg glauben,

auch eine positive Ausstrahlung unserer Partei ist sehr wichtig. Außerdem berichtete er noch kurz über seine aktuelle Arbeit als Abgeordneter. Zur Zeit sind für ihn die Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit und die Arbeit des Verfassungsschutzes wichtige Themen.

Udo Riedel zog in seinem Beitrag eine Bilanz über die Arbeit unserer Stadtratsfraktion, die für ihre Fraktionssitzungen seit geraumer Zeit die Rathauskantine nutzen muss, was natürlich auf Dauer ungünstig ist. Aber seit dem Umbau des Rathauses IV haben die Fraktionen keine eigenen Räume mehr, was die Arbeit zusätzlich erschwert. Er bedauerte, dass es Probleme mit der langfristigen Mitarbeit einiger Stadträte und sachkundiger Einwohner gibt.

Schwerpunkte in der Fraktionsarbeit sind vor allem soziale Fragen und der Umweltschutz. Carsten Marx reichte vor kurzem einen Antrag im Stadtrat ein, wonach ein Umweltkonzept für Bernburg erarbeitet werden soll. Die anderen Fraktionen sind diesbezüglich grundsätzlich gesprächsbereit, was als Erfolg

für DIE LINKE zu bewerten ist.

Der Ortsvorsitzende, Peter Tensch, gab noch einen kurzen Bericht über die bisherige Arbeit des Ortsvorstandes. Dazu zählt u. a. die Präsenz an den Info-Ständen und das Wahrnehmen verschiedener Termine.

Ein wichtiger Punkt dieses Abends waren 3 Wahlen. Es wurden VertreterInnen für die Wahlkreisversammlung gewählt, die den Direktkandidaten für die Bundestagswahl bestimmt. Außerdem wurden gewählt: VertreterInnen für die Kreisvertreterversammlung, die die VertreterInnen zur Aufstellung der Landesliste wählt sowie die Delegierten für die Kreisdelegiertenversammlungen 2013/14.

Ich möchte mich auf diesem Wege noch einmal bei der Wahlkommission, Angelika Tensch und Joachim Redmann, bedanken, denn sie haben mit der Auszählung der Wahlzettel Schwerstarbeit geleistet.

*Elke Rehmann ist Mitglied im Ortsvorstand DIE LINKE Bernburg*

## Bundestagswahlkampf und politische Bildung

Friedrich Schütz

Der Bundestagswahlkampf, so sieht es die Wahlstrategie vor, soll und muß ein „Mitmachwahlkampf“ werden. Dabei ist nicht nur an die „heiße Phase“ in den letzten Wochen vor der Wahl an den Infoständen gedacht. In dem vom Parteivorstand herausgegebenen Faltblatt „Das beste Wahlprogramm aller Parteien“ wird aufgezeigt, welche Mitmachmöglichkeiten die Mitglieder sowie die Sympathisantinnen und Sympathisanten in allen drei Phasen der Erarbeitung des Programms haben.

In der 1. Phase, die bis Mitte Februar andauert, wird der erste Entwurf des Wahlprogramms erarbeitet. Der Parteivorstand legt großen Wert darauf, möglichst viele Ideen und Vorschläge, über die auch in den Orts- und Basisorganisationen diskutiert werden sollte, zu bekommen. Es gibt dazu eine Reihe von Leitfragen, die im Internet abrufbar sind. Am 9. und 10. Februar wird der Entwurf im Parteivorstand diskutiert und verabschiedet

und am 15. Februar veröffentlicht.

Inhalt der 2. Phase von Ende Februar bis Mitte April ist die Diskussion dieses Entwurfs. Der Parteivorstand führt dazu fünf Regionalkonferenzen durch. Wo diese stattfinden und welche Landesverbände daran jeweils teilnehmen, ist noch nicht festgelegt worden. Der Kreisvorstand führt im März, wahrscheinlich am 25., eine Veranstaltung über diesen Entwurf mit André Brie durch. Es sei hier daran erinnert, daß er an der Erarbeitung vieler Programme unserer Partei beteiligt und bei verschiedenen Wahlen Bundeswahlleiter war.

Die letzte Phase der Erarbeitung des Wahlprogramms reicht von der Veröffentlichung des Leitantes am 18. April bis zum Beschluß des Programms auf dem Dresdner Parteitag (14./16. Juni). Bis zum 30. Mai können Änderungsanträge gestellt werden. Über dieses Dokument ist in unserer Vortragsreihe eine Veranstaltung mit dem voraussichtlichen

Direktkandidaten Jan Korte vorgesehen. Ich habe noch einen Spitzenfunktionär unserer Partei zu einer Veranstaltung für den Zeitraum Mai/Juni eingeladen.

Unsere Bildungsveranstaltungen zu den bevorstehenden Wahlen haben aber bereits begonnen. Ich verweise auf die im September durchgeführte zur Wahlstrategie mit Bernd Ihme und die im Oktober stattgefundene zur Krise der Europäischen Union mit Harald Werner. Auch die Veranstaltungen zur Volksrepublik China mit Wolfram Adolphi und Ulrich Lamberz sowie die am 13. Februar vorgesehene mit Lothar Bisky zur Europapolitik dürften für alle Wahlkämpfer/innen eine große Unterstützung sein. Ich bitte darum, diese noch umfassender als bisher zu nutzen – und das durch alle Gliederungen unseres Kreisverbandes.

## Kommunaltour der Landtagsfraktion

Jana Lankau

Bildung – dieses Thema war die Klammer der Kommunaltour der Landtagsfraktion im Salzlandkreis am 15. Oktober. Am Vormittag ging es in einem Gespräch mit dem Rektor der Hochschule Anhalt Prof. Orzessek um Hochschulpolitik. Mittags nahmen sich die Abgeordneten eines Fördermittelproblems bei der Sanierung der Turnhalle Baalberge an und am Nachmittag stand ein Gespräch mit der Leiterin der Sekundarschule „Albert Schweitzer“ Frau Jelitte zum Thema Gemeinschaftsschule auf dem Plan.

Prof. Orzessek umriss einige Probleme in der Hochschulpolitik. Einig waren sich die Gesprächspartner/innen darüber, dass die Regelstudienzeit im Bologna-Prozess (Bachelor/ Master) zu kurz ist und dass ein Promotionsrecht an Hochschulen eingeführt werden sollte. Weitere Probleme waren die Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen,

deren Abschluss derzeit verschleppt wird und die Besoldung und Berufungsverfahren des Hochschulpersonals.

In Baalberge ging es um die Turnhalle, die in einem maroden Zustand ist. Fördermittelanträge im Zuge des Stark III-Programms wurden gestellt und auf Platz 6 in die Prioritätenliste des Landkreises aufgenommen. Der Schulstandort ist dauerhaft gesichert. Ergebnis: Dem Fördermittelantrag wurde nicht zugestimmt. Darüber ist die Stadt Bernburg entsetzt, weil sowohl von Ministerien als auch vom Landesverwaltungsamt anders lautende Vorhersagen getroffen wurden.

In der Sekundarschule „Albert Schweitzer“ Aschersleben ging es dann um die Gemeinschaftsschule. Das ist eine Schulform, die im neuen Schulgesetz festgeschrieben werden soll. Durch verbindliche Kooperation von Sekundarschulen mit (Fach)Gymnasien soll

das Erreichen des Abiturs auf einem neuen Weg möglich werden. „Die Gemeinschaftsschule ist ideal für Kinder, die zwar das Potenzial haben, das Abitur abzulegen, aber an Gymnasien aus den verschiedensten Gründen eingehen würden.“, so Frau Jelitte im Gespräch. Die Schule strebt an, dass das Abitur nach 12-13 Jahren an der Albert-Schweitzer-Schule abgelegt werden kann, indem Lehrer/innen aus dem Fachgymnasium dort unterrichten. Ein Konzept wird derzeit erarbeitet.

Die Kommunaltour erfüllte auch in diesem Jahr ihren Zweck: nämlich zu erfragen, welche konkreten Auswirkungen Landespolitik in den Kommunen hat und Ideen für parlamentarische Initiativen zu sammeln.

*Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull*

## Kurzpraktikum in der Apotheke

Jörg Lemmert

Am 1. November war MdB Jan Korte wieder im Wahlkreis Anhalt unterwegs. Der Wahlkreistag begann mit einem Kurzpraktikum in der Apotheke im Bernburger Kauflandcenter. Dort wollte der Abgeordnete sich ein konkretes Bild von der Arbeit in einer Apotheke machen. Themen wie Rabattverträge oder die Erhöhung der Apothekerhonorare werden immer wieder kontrovers diskutiert. In der Apotheke im Kauflandcenter konnte Jan Korte aus erster Hand mehr erfahren. Der Filialleiter Daniel Denkwitz zeigte ihm die Abläufe: Wie werden Medikamente bestellt? In welchem Umfang muss zugezahlt werden und welche Aufgaben gibt es jenseits des Verkaufs von Medikamenten. Dabei wurde klar, dass viele Menschen kommen, die Fragen zur Gesundheit haben, der enorme bürokratische Aufwand im Apothekenalltag aber kaum noch Zeit für ausführliche Beratung lässt. Natürlich ging es bei den Gesprächen auch um die 2-Klassen-Medizin, gegen die DIE LINKE streitet. Das Praktikum wur-



Jan Korte im Gespräch mit Apothekenchef Daniel Denkwitz

(Foto: privat)

de angeregt durch die Freie Apothekerschaft, die Bundestagsabgeordnete aller Parteien dazu eingeladen hatte. Die Apothekerschaft möchte mit den Praktika die Kenntnisse der Abgeordneten rund um das deutsche Gesundheitswesen verbessern und auf bestehende Konflikte aufmerksam machen.

Nach dem Praktikum ging es zur Bürgersprechstunde vor dem Kauflandcenter. Dort wurde am Infostand mit einer Postkartenaktion für die Angleichung der Rentenwerte zwischen Ost

und West geworben. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nutzten wieder die Gelegenheit, um einen Stopp am Stand zu machen und mit Jan Korte ins Gespräch zu kommen.

Am Nachmittag gab es noch Gespräche mit Pfarrer Lewek und ein Treffen mit dem Bernburger Künstler Hartmut Schulz. Am Abend ging es außerdem noch zur Ortsversammlung der Bernburger LINKEN, auf der es um die Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 ging.

*Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter*

Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
November  
recht herzlich

zum 93. Geburtstag  
Ruth Schneider

Zum 90. Geburtstag  
Fritz Blume

Zum 89. Geburtstag  
Dora Lochmann

Zum 88. Geburtstag  
Heinz Adam  
Walter Apfel

Zum 82. Geburtstag  
Brigitte Fiedler

Zum 80. Geburtstag  
Ingeborg Voß  
Hans-Jürgen Beu

Zum 70. Geburtstag  
Karin Schaarschmidt

Zum 60. Geburtstag  
Barbara Genau

Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im November  
Geburtstag haben



### Der LINKE Politstammtisch

Der monatliche Polit-Talk in Staßfurt begrüßt am 05.12.2012 **MdB Jan Korte**. Los geht es um 17 Uhr im Bräustüble (Hohenerxebener Straße).

### DIE LINKE Aschersleben vor Ort im Gespräch

Am 13. Dezember um 10 Uhr auf dem Holzmarkt in Aschersleben.

### Volksrepublik China - Probleme und Perspektiven

Vorträge und Diskussionen  
mit **Dr. sc. Wolfram Adolphi**  
und

### Eine Reise durch China mit **Ulrich Lamberz**

am Montag, dem 26.11.2012,  
um 18 Uhr in der Gaststätte Alte  
Molkerei in Bernburg (Nienburger  
Straße 16).

Der Kreisvorstand

### Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am  
21.11.2012 um 18 Uhr im Fraktions-  
büro Staßfurt (Grenzstraße 11).

### 12. Erwerbslosenfrühstück

Am 12.11.2012 findet das nächste  
Erwerbslosenfrühstück im Bernbur-  
ger Bürgerbüro statt. Ab 10 Uhr sind  
wieder alle InteressentInnen zum  
Austausch über aktuelle Probleme  
aufgerufen.



**Jetzt testen:  
2 Monate für nur 31  
€! Die Belieferung  
endet automatisch.  
Ihre Abovorteile:  
Lieferende au-  
tomatisch über  
50% gespart im  
Vergleich zum Kauf  
am Kiosk inklusive  
Dankeschön  
[www.neues-  
deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)**

### Wahlkreisversammlung im Wahl- kreis Anhalt zur Bundestagswahl 2013

Auf der Tagesordnung steht die  
Wahl eines Direktkandidaten/einer  
Direktkandidatin für die Bundestags-  
wahl 2013

Alle gewählten Delegierten sind  
am **23.11.2012 um 16 Uhr** herzlich  
ins Hotel „Stadt Köthen“ in Köthen,  
Friedrich-Ebert-Straße 22 eingela-  
den.

Kreisvorstand DIE LINKE Salzland-  
kreis und Anhalt-Bitterfeld

### Wahlkreistage von MdB Jan Korte

Am 13.11.2012 und 05.12.2012 ist  
der Abgeordnete wieder im Salz-

### DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

Mail: [dielinke-salzlandkreis@t-on-  
line.de](mailto:dielinke-salzlandkreis@t-online.de)

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),

Joachim Redmann,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-  
onsschluss eingegangenen Artikeln kann  
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.

Einsendeschluss für die nächste  
DLZ ist der 26. November 2012  
und Redaktionsschluss war der 29.  
Oktober 2012